

## Steuerreglement der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Oberwil

Die Kirchgemeindeversammlung der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Oberwil

gestützt auf § 257 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985 (Steuer-  
gesetz [StG; BGS 614.11])

b e s c h l i e s s t :

### **I. Steuerhoheit**

#### **§ 1 Grundlage**

<sup>1</sup> Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Oberwil erhebt auf der Grundlage des Steuergesetzes die Einkommens- und Vermögenssteuern von den natürlichen Personen.

<sup>2</sup> Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Oberwil umfasst die bernische Einwohnergemeinde Oberwil b. Büren und die solothurnischen Einwohnergemeinden Biezwil, Buchegg (Ortsteile Bibern, Gosswil und Lüterswil) und Schnottwil. Das vorliegende Steuerreglement gilt nur für das Gebiet der solothurnischen Einwohnergemeinden Biezwil und Schnottwil sowie für die Ortsteile Bibern, Gosswil und Lüterswil der Einwohnergemeinde Buchegg.

### **II. Steuerpflicht**

#### **§ 2 1. Natürliche Personen**

<sup>1</sup> Der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Oberwil gegenüber sind die natürlichen Personen steuerpflichtig, welche in ihrem Gebiet gemäss § 1 Abs. 2 steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt nach § 8 StG haben und sich zum Glauben der evangelisch-reformierten Kirche bekennen; die Steuerpflicht erstreckt sich auf das gesamte, der direkten Staatssteuer unterliegende Einkommen und Vermögen.

<sup>2</sup> Konfessionsangehörige ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt im Kirchgemeindegebiet gemäss § 1 Abs. 2 sind steuerpflichtig, soweit für sie eine wirtschaftliche Zugehörigkeit im Sinne der §§ 9 und 10 StG zum Kirchgemeindegebiet gemäss § 1 Abs. 2 besteht.

<sup>3</sup> Besteht bei verheirateten Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt im Kirchgemeindegebiet gemäss § 1 Abs. 2 nur für einen Ehegatten eine wirtschaftliche Zugehörigkeit zum Kirchgemeindegebiet gemäss § 1 Abs. 2, ist allein dieser Ehegatte steuerpflichtig. Bei gemischt-konfessionellen Familien erfolgt in diesen Fällen keine Steuerteilung.

<sup>4</sup> Der Absatz 3 gilt sinngemäss auch bei eingetragener Partnerschaft.

<sup>5</sup> Von der Kirchensteuer ist befreit, wer beim Kirchgemeinderat schriftlich erklärt, dass er der evangelisch-reformierten Konfession nicht mehr angehöre. Kirchenrechtliche Massnahmen entbinden nicht von der Steuerpflicht.

<sup>6</sup> Bei Ein- und Austritt aus der Kirche während der Steuerperiode wird die Kirchensteuer anteilmässig (pro rata temporis) vom Datum des Eintritts an bzw. bis zum Datum, an dem der Austritt erklärt wird, erhoben.

### § 3 2. Bei Familien

<sup>1</sup> Besteht eine Familie aus Angehörigen verschiedener Konfessionen, so wird die Steuerpflicht von Ehegatten und Kindern unter 16 Jahren, die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht das 16. Altersjahr noch nicht vollendet haben, wie folgt geteilt (§ 249 Abs. 3, 4 und 4<sup>bis</sup> StG):

- a) zwei Drittel der ganzen Steuer zahlen ein Ehegatte und Kinder, wenn der andere Ehegatte einer andern oder keiner Konfession angehört;
- b) die Hälfte der ganzen Steuer zahlt ein Ehegatte, wenn der andere Ehegatte einer anderen oder keiner Konfession angehört und keine Kinder vorhanden sind; ebenso Verwitwete, Getrennte, Geschiedene und Ledige, deren Kinder einer andern oder keiner Konfession angehören, und umgekehrt;
- c) einen Drittel der ganzen Steuer zahlt ein Ehegatte, wenn der andere Ehegatte und die Kinder einer andern oder keiner Konfession angehören;
- d) einen Drittel der ganzen Steuer zahlt der Inhaber der elterlichen Sorge für Kinder unter 16 Jahren, wenn nur sie der Konfession angehören, nicht aber die gemeinsam veranlagten Eltern.

<sup>2</sup> Gehören die Kinder verschiedenen Konfessionen an, so wird deren Anteil nach Kopffzahl aufgeteilt.

<sup>3</sup> Kinder von nicht gemeinsam veranlagten Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, werden für die Teilung der Steuerpflicht jenem Elternteil zugerechnet, der den Kinderabzug nach § 43 Abs. 1 Bst. a StG beanspruchen kann.

<sup>4</sup> Die Absätze 1 bis 3 gelten sinngemäss auch bei eingetragener Partnerschaft.

## III. Steuerfuss

### § 4 1. Im Allgemeinen

<sup>1</sup> Die Kirchensteuer wird in Prozenten der ganzen Staatssteuer erhoben (Steuerfuss).

<sup>2</sup> Die Kirchgemeindeversammlung beschliesst alljährlich bei der Festsetzung des Budgets den Steuerfuss für das folgende Jahr.

## IV. Einheitsbezug

### § 5 Geltungsbereich

<sup>1</sup> Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Oberwil hat per 01.01.2027 den freiwilligen Einheitsbezug nach § 256<sup>bis</sup> StG eingeführt und per 08.10.2025 mit dem Kantonalen Steueramt eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

<sup>2</sup> Der Bezug der Kirchensteuern ab Steuerperiode 2027 richtet sich nach der Steuerverordnung Nr. 23: Einheitsbezug vom 23.08.2022 [StVO Nr. 23; BGS 614.159.23]) sowie nach der Leistungsvereinbarung vom 08.10.2025. Während der Geltung des freiwilligen Einheitsbezugs werden die §§ 6, 7, 8, 11 Abs. 1 Bst. e und 12 bis 20 nicht angewandt.

<sup>3</sup> Für die Kirchensteuern aus den Steuerperioden bis und mit 2026 sind die Bestimmungen von §§ 1 bis 21 anwendbar.

<sup>4</sup> Nachsteuern und Bussen unterliegen ebenfalls dem Einheitsbezug, wenn die Verfügung oder der Rechtsmittelentscheid während der Geltungsdauer der Leistungsvereinbarung eröffnet wird. Massgebend ist das Eröffnungsdatum der Verfügung oder des Rechtsmittelentscheides, die unangefochten in Rechtskraft erwachsen. Das Gleiche gilt für Nachsteuern und Bussen früherer Steuerperioden. Es gelten die Bestimmungen von Absatz 2, dies unabhängig von der betroffenen Steuerperiode.

## **V. Steuerverfahren**

### **§ 6 1. Rechtsgrundlagen**

<sup>1</sup> Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Oberwil kann das Steuerverfahren und das Steuerbezugsverfahren an die Einwohnergemeinden gemäss § 1 Abs. 2 oder an Dritte übertragen. Der Kirchgemeinderat ist ermächtigt, mit den betroffenen Einwohnergemeinden bzw. Dritten eine entsprechende Vereinbarung abzuschliessen.

<sup>2</sup> Abgesehen von den nachfolgenden §§ 7, 9, 10 und 19 gelten für das Steuer- und Steuerbezugsverfahren der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Oberwil im Falle einer Übertragung des Steuer- und Steuerbezugsverfahrens an eine Einwohnergemeinde die Bestimmungen des Steuerreglements der beauftragten Einwohnergemeinde.

<sup>3</sup> Im Falle einer Übertragung des Steuer- und Steuerbezugsverfahrens an Dritte sind die Bestimmungen des vorliegenden Steuerreglements anwendbar.

### **§ 7 2. Steuerberechnung**

<sup>1</sup> Der Kirchgemeindevorwalter beziehungsweise die zuständige Behörde der beauftragten Einwohnergemeinde oder zuständige Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 berechnet die Steuerbeträge nach diesem Reglement, ebenso allfällige Nachsteuern und Steuerbussen.

<sup>2</sup> Er beziehungsweise die zuständige Behörde der beauftragten Einwohnergemeinde oder zuständige Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 stellt den steuerpflichtigen Personen die Steuerrechnung zu; diese enthält den Betrag der ganzen Staatssteuer nach § 5 Abs. 1 StG, den Kirchensteuerfuss, den Kirchensteuerbetrag, die Zahlungsfrist und eine Rechtsmittelbelehrung.

<sup>3</sup> Bussen wegen vollendeter und versuchter Hinterziehung von Kirchensteuern betragen 20% der Bussen des Staates (§ 258 Abs. 2 StG).

### **§ 8 3. Einsprache und Rekurs**

<sup>1</sup> Gegen die Steuerrechnung kann die steuerpflichtige Person beim Kirchgemeindevorwalter resp. der zuständigen Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 innert 30 Tagen schriftlich Einsprache erheben.

<sup>2</sup> Die Einsprache kann sich nur gegen die Berechnung des Steuerbetrages richten, nicht aber gegen die Grundlagen der Steuerbemessung (Steuerfaktoren) als solche.

<sup>3</sup> Der Kirchgemeindevorwalter resp. die zuständige Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 entscheidet über die Einsprache; der Entscheid wird kurz begründet und der steuerpflichtigen Person unter Angabe des Rechtsmittels schriftlich eröffnet.

<sup>4</sup> Gegen den Einspracheentscheid kann die steuerpflichtige Person beim Kantonalen Steuergericht innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erheben. Der Rekurs muss einen Antrag und eine Begründung enthalten.

### **§ 9 4. Verwirkung**

Das Recht, eine Kirchensteuer zu berechnen, erlischt 5 Jahre nach Rechtskraft der Staatssteueranlagung, frühestens aber 5 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode (§ 254 StG).

## § 10 5. Kirchgemeindesteuerregister

<sup>1</sup> Das Kirchgemeindesteuerregister wird vom Kirchgemeindeverwalter beziehungsweise von der zuständigen Behörde der beauftragten Einwohnergemeinde oder zuständigen Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 erstellt; es enthält nur die Endzahlen des steuerbaren Einkommens und Vermögens, die Sozialabzüge und die Steuerbeträge.

<sup>2</sup> Auszüge aus dem Kirchgemeindesteuerregister können der steuerpflichtigen Person sowie in ihrem schriftlichen Einverständnis Dritten gegen Gebühr ausgestellt werden; jeder Ehegatte kann ohne Zustimmung des andern einen Auszug für die gemeinsam veranlagten Steuerperioden verlangen.

<sup>3</sup> Registerauszüge stellt der Kirchgemeindeverwalter resp. die zuständige Behörde der beauftragten Einwohnergemeinde oder zuständige Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 aus. Die Gebühr beträgt CHF 20.00 pro steuerpflichtige Person und Steuerperiode resp. richtet sich nach den Bestimmungen des Steuerreglements der beauftragten Einwohnergemeinde gemäss § 6 Abs. 1.

## § 11 6. Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren

<sup>1</sup> Der Kirchgemeindeverwalter vertritt die Gemeinde in Steuersachen; insbesondere ist er befugt,

- a) im Veranlagungsverfahren Einsicht in die Akten zu nehmen (§ 121 Absatz 4 und § 123 StG);
- b) Einsprache und Rekurs gegen Verfügungen der Veranlagungsbehörden (§ 149 Absatz 1, § 155 Absatz 3, § 160 Absatz 1 StG) sowie gegen Entscheide des Kantonalen Steueramtes (§ 146 und § 251 StG) zu erheben;
- c) Ansprüche auf Bestimmung des Veranlagungsortes (§ 146 StG) und auf Steuerauscheidung (§ 251 StG) geltend zu machen;
- d) Veranlagungsmittel entgegenzunehmen (§ 148 Absatz 3 StG);
- e) Sicherstellung von Steuern zu verlangen (§ 255 Absatz 2 StG);
- f) zum Erlass von Steuern im Veranlagungsverfahren Stellung zu nehmen (§ 182 Abs. 3 StG);
- g) Beschwerde gegen die Berechnung des Kostenanteils der Einwohnergemeinde durch das Kantonale Steueramt und die Kostenüberwälzung durch die Einwohnergemeinde zu führen (§ 187 Absatz 4 StG).

<sup>2</sup> Stellungnahmen zu Steuererleichterungen nach § 6 Absatz 2 StG gibt der Kirchgemeinderat ab.

## VI. Steuerbezug

### § 12 1. Allgemeiner und besonderer Fälligkeitstermin

<sup>1</sup> Die Kirchensteuern werden während der Steuerperiode in Raten erhoben. Der Kirchgemeinderat resp. die zuständige Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 setzt die Fälligkeitstermine fest (Vorbezug).

<sup>2</sup> Entsteht die Steuerpflicht erst in der Steuerperiode, so wird von der Bezugsbehörde ein besonderer Fälligkeitstermin festgesetzt.

### § 13 2. Provisorischer und definitiver Bezug

<sup>1</sup> Die Kirchensteuern werden in der Steuerperiode vom Kirchgemeindeverwalter resp. der zuständigen Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 provisorisch bezogen.

<sup>2</sup> Grundlage dafür ist die letzte Veranlagung oder die Steuererklärung oder der mutmasslich geschuldete Betrag. Wird ein mutmasslich geschuldeter Betrag festgesetzt, so ist die steuerpflichtige Person vorher anzuhören.

<sup>3</sup> Nach Vornahme der Veranlagung wird die Schlussrechnung zugestellt. Provisorisch bezogene Steuern werden an die gemäss definitiver Veranlagung geschuldeten Steuern angerechnet.

<sup>4</sup> Zu wenig bezahlte Beträge werden nachgefordert.

### § 14 3. Zahlung, Verzugszinsen und Betreuung

<sup>1</sup> Die Vorbezugsraten sind innert 30 Tagen seit der Fälligkeit zu entrichten. Die Steuer gemäss Schlussrechnung ist innert 30 Tagen seit Zustellung zu bezahlen.

<sup>2</sup> Wird der Steuerbetrag nicht fristgerecht bezahlt, so ist er vom Ablauf der Zahlungsfrist an zu den vom Kirchgemeinderat resp. von der zuständigen Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 festzusetzenden Bedingungen verzinslich.

<sup>3</sup> Ist bei Eintritt der Fälligkeit aus Gründen, die die steuerpflichtige Person nicht zu vertreten hat, eine Steuerrechnung noch nicht zugestellt, so beginnt die Zinspflicht 30 Tage nach deren Zustellung.

<sup>4</sup> Bei einem besonderen Fälligkeitstermin ist die Steuer innert 30 Tagen seit der Fälligkeit zu entrichten. Bei nicht fristgerechter Bezahlung ist sie zu den vom Kirchgemeinderat resp. von der zuständigen Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 festzusetzenden Bedingungen verzinslich.

<sup>5</sup> Wird der Steuerbetrag auf Mahnung hin nicht bezahlt, so ist ein Betreibungsverfahren einzuleiten.

### § 15 4. Vergütung und Vergütungszins

<sup>1</sup> Ein Vergütungszins wird gewährt auf Steuerbeträgen, die vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin entrichtet werden, oder auf Guthaben der steuerpflichtigen Person, wenn diese Forderungen auf freiwilligen Vorauszahlungen zurückzuführen sind und im Falle einer Übertragung des Steuer- und Steuerbezugsverfahrens an Dritte gemäss § 6 Abs. 1, die beauftragte Drittperson in ihren Regelungen einen Vergütungszins vorsieht.

<sup>2</sup> Der Vergütungszinssatz wird vom Kirchgemeinderat resp. der zuständigen Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 festgesetzt.

### § 16 5. Rückerstattung und Rückerstattungszins

<sup>1</sup> Zuviel bezahlte Steuern, die aufgrund einer provisorischen oder definitiven Rechnung entrichtet wurden, werden von Amtes wegen zurückerstattet. Zurückzuerstattende Beträge werden zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuer resp. zu den von der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 festzusetzenden Bedingungen verzinst.

<sup>2</sup> Werden Steuern an Ehegatten zurückerstattet, die in tatsächlich und rechtlich ungetrennter Ehe leben, kann die Zahlung an jeden der beiden Ehegatten erfolgen.

<sup>3</sup> Bei geschiedenen, rechtlich oder tatsächlich getrennten Ehegatten erfolgt die Rückerstattung für gemeinsam veranlagte Steuern je zur Hälfte an jeden der beiden Ehegatten. Vorbehalten bleiben

anderslautende Vereinbarungen der Ehegatten, welche diese der zuständigen Bezugsbehörde bekanntgegeben haben.

<sup>4</sup> Weist ein Ehegatte nach, dass ausschliesslich er nach der Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung Zahlungen für gemeinsam veranlagte Steuern geleistet hat, werden sie an ihn zurückerstattet.

<sup>5</sup> Die Absätze 2 bis 4 gelten sinngemäss auch bei eingetragener Partnerschaft.

## **§ 17 6. Sicherstellung und Arrestbefehl**

<sup>1</sup> Aus den in § 184 StG genannten Gründen kann der Kirchgemeindeverwalter resp. die zuständige Stelle der beauftragten Drittperson gemäss § 6 Abs. 1 jederzeit Sicherstellung verlangen.

<sup>2</sup> Gegen die Sicherstellungsverfügung kann die steuerpflichtige Person innert 30 Tagen Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben. Der Rekurs hemmt die Vollstreckung der Sicherstellungsverfügung nicht.

<sup>3</sup> Die Sicherstellungsverfügung gilt als Arrestbefehl nach Artikel 274 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1). Der Arrest wird durch das zuständige Betreibungsamt vollzogen.

<sup>4</sup> Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 SchKG ist nicht zulässig.

## **§ 18 7. Zahlungserleichterungen**

Ist die Zahlung der Steuer oder eines Zinses innert der vorgeschriebenen Frist für die steuerpflichtige Person mit einer erheblichen Härte verbunden, so kann der Kirchgemeinderat Zahlungserleichterungen gewähren. § 181 StG ist anwendbar.

## **§ 19 8. Steuererlass**

<sup>1</sup> Ist die steuerpflichtige Person durch besondere Verhältnisse wie Naturereignisse, Todesfall, Unglück, Krankheit, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Rückschläge und dergleichen in ihrer Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt oder befindet sie sich sonst in einer Lage, in der die Bezahlung der Steuer oder eines Zinses zur grossen Härte würde, können die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen.

<sup>2</sup> Erlassgesuche sind mit schriftlicher Begründung und mit den nötigen Beweismitteln einzureichen:

- a) betreffend Staats- und Bundessteuern bei der Erlassabteilung des Finanzdepartements des Kantons Solothurn;
- b) betreffend Kirchensteuern beim Kirchgemeinderat.

<sup>3</sup> Wird Erlass sowohl für die Kirchen- als auch für die Staats- und Bundessteuern anbegehrt, kann das Erlassgesuch beim Kirchgemeinderat eingereicht werden. Dieser leitet das Erlassgesuch an die Erlassabteilung des Finanzdepartements des Kantons Solothurn weiter.

<sup>4</sup> Auf Erlassgesuche, die nach Zustellung des Zahlungsbefehls eingereicht werden, wird nicht eingetreten.

<sup>5</sup> Die steuerpflichtige Person kann gegen den Erlassentscheid betreffend Kirchensteuern innert 30 Tagen Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben. Der Erlassentscheid betreffend Staats- und Bundessteuern ist separat anzufechten.

<sup>6</sup> Während des Steuererlassverfahrens werden in der Regel keine neuen Bezugshandlungen vorgenommen.

<sup>7</sup> Die Bestimmungen der Steuerverordnung Nr. 11 über Zahlungserleichterungen, Erlass und Abschreibungen gelten sinngemäss.

## **§ 20 9. Steuerbussen im Besonderen**

Der Bezug von Steuerbussen und von im Steuerstrafverfahren auferlegten Kosten richtet sich nach den allgemeinen Bezugsbestimmungen (§ 199 StG).

## **VII. Schlussbestimmungen**

### **§ 21 Inkrafttreten**

Dieses Reglement tritt, nachdem es von der Kirchgemeindeversammlung beschlossen und vom Finanzdepartement genehmigt worden ist, auf den 01.09.2026 in Kraft.

Beschlossen von der Kirchgemeindeversammlung am 18.06.2026.

Kirchgemeinde Oberwil

Die Kirchgemeindepräsidentin

Die Kirchgemeindegeschreiberin

Kathrin Lanz

Franziska Trittibach

Genehmigt vom Finanzdepartement mit Verfügung vom TT.MM.JJJJ.

\*\*\*\*\*